

Ottendorfer Zeitung

Lokal-Anzeiger für Ottendorf-Okrilla und Umgegend

Die „Ottendorfer Zeitung“ erscheint Dienstags, Donnerstags und Samstags.
Bezugspreis: Monatlich 2,25 Mark, bei Zahlung durch die Posten 2,50 Mark.
Im Falle höherer Gewalt (Krieg od. sonstiger äußerlicher Störungen des Betriebes der Zeitung, der Druckerei od. d. Beförderungsanstalten) hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung od. auf Rückzahlung d. Bezugspreises.

Unterhaltungs- und Anzeigebblatt



Verlagspreis: Die Abnehmer zahlen über diesen Preis noch 10% auf den ersten Heft mit 1/3 M. Vorzahlung.
Anzeigen werden an den Verlagsanstalten bis spätestens am 10. Uhr in der Geschäftsstunde eingegeben.
Jeder Anzeiger auf Bestellung enthält, wenn der Verleger darauf besteht, die Anzeigen werden mit dem Namen des Verlegers versehen.

Fernsprech-Anschluss Amt Hermsdorf b. Dr. Nr. 31.

Postcheck-Konto Leipzig Nr. 29148.

Schriftleitung, Druck u. Verlag Hermann Köhler, Guss-Okrilla.

Nummer 135

Mittwoch, den 23. November 1921

20. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Bezirkschornsteinfegermeister.

Für den 5. Bezirk, umfassend die Gemeinden Ottendorf-Okrilla, Lamsdorf, Sonnig, L. g. u., Seifersdorf, Leppersdorf, Schönborn, W. h. u., Hermsdorf und Grünberg, ist als Bezirkschornsteinfegermeister

Herr Paul Reinhold Morgenstern

gewählt und in Pflicht genommen worden.

Ottendorf-Okrilla, am 22. November 1921.

Der Kreisbezirksvorstand.

Fleischbeschau bei Ziegen.

Es ist die Beobachtung gemacht worden, daß besonders in den letzten Wochen Ziegen geschlachtet worden sind, ohne daß die vorgeschriebene Fleischbeschau durchgeführt worden ist.

Unter Hinweis auf §§ 1, 27 des Reichsgesetzes über die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vom 3. Juni 1920 werden die Ziegenhalter und Fleischer gewarnt, Schlachtungen von Ziegen ohne Untersuchung vorzunehmen.

Zusammenfassungen werden künftig ohne Rücksicht bestraft werden. Die Fleischer haben sich vor der Schlachtung darüber Gewißheit zu verschaffen, daß die Untersuchung der Tiere erfolgt ist.

Ottendorf-Okrilla, den 22. November 1921.

Der Gemeindevorstand.

Für die hiesigen Kitegobtschöndigen und Kitegshunterblebenen ist Barchent eingekauft, welcher am

Mittwoch, den 23. November

im hiesigen Rathaus gegen Barzahlung abgehoben ist.

Die Verkäufer werden ersucht, die Frist einzuhalten, da der Barchent sonst anderweitig vergeben wird. Der Preis beträgt 20 und 25 Mark der Meter.

Ottendorf-Okrilla, am 22. November 1921.

Der Gemeindevorstand.

Beihilfe für Arbeiterrentner.

Bedürftigen Arbeiterrentner-Empfängern soll eine einmalige Beihilfe gewährt werden nach den für die frühere Beihilfe maßgebend gewesenen Richtlinien.

Anträge auf Gewährung der Beihilfe sind von den betreffenden Arbeiterrentner-Empfängern bis

spätestens 1. Dezember ds. Js.

im Rathaus — Kasse — zu stellen.

Später eingehende Anträge müssen ausnahmslos unberücksichtigt bleiben.

Ottendorf-Okrilla, den 12. November 1921.

Der Gemeindevorstand.

Vertikales und Sachliches.

Ottendorf-Okrilla, den 22. November 1921.

— Der 1. Sonntag im Kirchenjahr, der Totensonntag ist dem Gedächtnis unserer Verstorbenen geweiht. Wie am Johannistage, wo die Natur im schönsten Blütenprunk prangt, so werden am Totensonntag, an dem die Natur bereits zum Winterschlaf sich anschickt, ebenfalls die Gräber unserer Toten nach althergebrachter Sitte mit Blumen geschmückt. Zum Friedhof lenken viele die Schritte, um in Liebe derer zu gedenken, die einst unser waren und nun im kühlen Schoß der Erde ruhen. Ach, wie manche unter ihnen lebten viel zu jung, viel zu früh, viel zu schnell in ihre Dämmerheimat zurück! Gedanken der Wehmut beschließen wohl die meisten der Friedhofsbesucher, und gewiss um so mehr, je frischer das Grab in das zum Friedhof führte, oder das draußen liegt in fremder Erde unbekannt wo. Sie alle erinnerten sich dessen, was ihnen der Verstorbenen war, und empfanden, daß man den Entschlafenen noch viel mehr hätte lieben sollen, als es geschehen.

— In den Ausfluchtorten am Montag vormittag die Maschen der Fa. August Wiltner und Söhne A. G. in Koritzdorf.

X Der in der Nummer 133 dieser Zeitung erschienene Artikel Volkswille zur Wahl soll hiermit eine kurze Antwort erteilt werden, denn eine längere hätte keinen Zweck. Auf das allgemeine einzuweichen ist nicht notwendig, aber wenn der Schreiber des Artikels anführt, daß der alte Gemein-

de reich gemerkt habe, so berührt das ganz eigentümlich, da man doch voraussetzt, daß der Artikelschreiber selbst aus dem legeren Reich schaffenden Gemeinderat kammt. Es ist da ein sehr bezeichnendes Sprichwort von wegen Klarnot... Was weiter nun die andere Moral- und Schimpfpredigt am Schlusse anbelangt, ist weiter nichts als ein Verweisungsakt, der ganz gut auf eine legeren Reich Verfeinerungspolitik des Betreffenden schließen läßt.

□ In Nummer 132 dieser Zeitung erschien ein Artikel, der wegen seiner Gehässigkeit und Unschicklichkeit das Abgucken weiter Reise erregt hat. Es ist bekannt, daß bei einem Wahlkampf nicht immer alle Mittel auf ihre Lauterkeit und Wahrhaftigkeit hin geprüft werden. Jede Partei sucht eben auf Kosten der anderen sich in Vorteil zu bringen. Wenn aber in einem Wahlkampf persönliche Ehre und amtliche Stellung ohne Not befeuert werden, so wendet man sich von solch niederer Gesinnung ab „mit Grauen.“ Ich habe erhaben über den Vorwurf, während meiner Amtstätigkeit parteiisch gewesen zu sein. Der Hausbesitzer- und Ortsverein hätten mir mit vollem Recht Vorwürfe gemacht, wenn sie nur einen Beweis von Parteischicklichkeit gehabt hätten. Im Ortsverein habe ich seiner Zeit in klarer Weise den Willkürherrschaften dargelegt, daß ich in den Schulvorstand nicht vom Gemeinderat, sondern mit zwei anderen Kollegen von der Lehrerschaft gewählt bin. Ich habe mit ihnen die Wünsche der Lehrerschaft vorzubringen und zu vertreten. Wo ist da Parteischicklichkeit? Auch darf ich die Eltern und Hauswörter zum Zeugen dafür anrufen, daß ich jederzeit bemüht war, während meiner langjährigen Amtszeit im Orte den obersten Grundsatz: „Gerecht zu sein“ beobachtet habe. Es zeigt eine ganz niedere Gesinnung, wenn mit derartigen verächtlichen Waffen gekämpft wird. Denkt der Artikelschreiber nicht daran, daß die Zeitung auch von unserer Jugend gelesen wird! Welchen Schaden richtet er unter ihr an, wenn solche Verleumdungen ausgetreut werden! Kennt er das 8. Gebot! Etwas niedrig hängt ich den Vorwurf, daß ich die „Kanditatur“ eingeht habe. Wenn der Artikelschreiber würde 3 Jahre lang von 6 bis in die frühen Morgenstunden im Gemeinderat gearbeitet haben, aber wirklich gearbeitet, so würde er zu etwas kommen, wie gehässig er in seinem Urteil gewesen. Nur ein fast einstimmiger Beschluß einer zu besuchten Wählerversammlung hat mich bewogen, meine Kasse erneut drei Jahre lang in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen. Dem Lehrerrat einen besonderen Dienst dadurch zu erweisen ist nach der Lage der Dinge ganz unmöglich, da erstreulicherweise Staat und Landtag unsere persönlichen Verhältnisse regeln. Bewahren muß ich mich gegen die Behauptung, die drei Vereine seien bereit gewesen, einen Beamten an einflussreiche (nämlich in jedenfalls aus-sichtsreicher) Stelle zu bringen. Dem Beamtenverein ist davon kein Wort mitgeteilt worden. Er ist unterm 13. 8. nur gefragt worden, ob er auf eine Listenverbindung eingest. Es hätte beinahe ein Kuriosum dar, wenn die drei Vereine j. w. a. einen Beamten gef. agt haben sollten, zu kandidieren, ohne die Organisation zu hören? Ebenso lege ich Beweise ein, daß behauptet wird, Auswärtige darunter Lehrer haben 3 Vreden gehalten und das, was vielen heilig ist, in den Sammel gezogen. In dem ganzen Zusammenhang kann es sich nur um die Herren handeln, die auf Vorschlag der Lehrerschaft vom Schulvorstand zu einem Vortrag eingeladen worden sind. Diese beiden weit über Sachsend. Gienze hinaus bekannten Führer auf schulischem Gebiete Böhmer und Hiemann als Vredner zu bezeichnen, das übersteigt wohl den Gipfel der — Gedankenlosigkeit. J. der Einsichtige wird mir beipflichten, besonders wenn er den Antrag gehört hat. „Wir wählten uns der Gottheit näher“ und „das war eine Erbauungsstunde“ so lauteten Äußerungen von solchen, die in der Gemeinschaft tätige und lebendige Mitglieder sind. Zum Schluss: Als Lehrer hielt ich es für meine Pflicht, im Interesse der Erziehung unserer Kinder, die Entstellungen und Verleumdungen ins rechte Licht zu stellen. Möge jeder Leser selbst urteilen, ob es richtig war, den Wahlkampf in dieser persönlichen Weise zu führen.

— Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat im sächsischen Landtage folgenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß die von den freien Gewerkschaften bei den letzten Gemeindevahlen unternommene Überwachung der Wähler, die zu einer unzulässigen Wahlbeeinflussung der Wähler führe, nicht wiederholt wird.“ — Ferner hat dieselbe Fraktion folgende Anfrage eingebracht: „Ist die Regierung

bereit, darüber Auskunft zu erteilen, wie dem drohenden allgemeinen Warenausverkauf begegnet werden kann? Welche Maßnahmen sind regierungseitig dagegen getroffen worden?“

— Die hohe Besteuerung der Zeitungsanzeigen. Das führende Organ der Deutschen Volkspartei, die „Kölnische Zeitung“ wendet sich in einem bemerkenswerten Artikel gegen die hohe Besteuerung der Zeitungsanzeigen indem sie unter anderem schreibt: „Das Ende vom Liede aber ist auf jeden Fall, wie das schon so oft betont worden ist, die immer unaufhaltsamer hereinbrechende finanzielle Schwächung der Zeitungen. Daß der Zeitungsverlag zumal heute kein gewinnbringendes Unternehmen ist, wenn er in anständiger Weise betrieben wird, das dürfte jeder Mann, der sich nur einigermaßen einmal die Unkosten einer Zeitung veranschaulicht, klar sein. Zum Zeitungsverlag gehört ein oft recht schmerzlicher Idealismus, und nur die Liebe zum Beruf läßt manchen Verleger heute noch beim Zeitungsverlag mit seinen Kapitalen bleiben. Wer nur aus Gewinnerzelen denkt, wird bald andere Betätigungsfelder sich suchen, wie das ja Beispiele genug verraten. Die bevorstehenden Papierpreiserhöhungen, die Herabsetzung der gesamten Postgebühren, die Lohnerhöhungen beschleunigen das Unheil für die sämtlichen Zeitungen. Anstatt den Zeitungen zu helfen, ihre Arbeit im Interesse der Gesamtheit aufrechtzuerhalten zu können, hilft der Staat mit, ihren Niedergang noch zu beschleunigen.“

— Der Haushaltsausschuß B beschäftigte sich am Freitag mit dem kommunistischen Anträgen wegen erhöhter Unterstützung für die Altersrentner und für die Erwerbslosen. Die Kommunisten verlangten die einmalige Auszahlung einer Summe von tausend Mark an jeden Altersrentner. Von Regierungseite wurde darauf hingewiesen, daß das eine einmalige Ausgabe von 325 Millionen Mark ausmachen würde und für den Staat undurchführbar sei. Wegen diese kommunistischen Demonstrationsanträge wandten sich die bürgerlichen Parteien und die Mehrheitssozialisten. Wegen der Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung soll sich die sächsische Regierung an die Reichsregierung wenden und dafür sorgen, daß bis zum 15. Dezember eine Erhöhung eintreten wird. Weiter soll sich der Landtag über den Antrag der Kommunisten auf 50 prozentige Erhöhung der Unterstützungssätze für Erwerbslose und Altersrentner schlüssig werden. Die sächsische Regierung hat sich dem kommunistischen Antrag angeschlossen und einen entsprechenden Antrag an die Reichsregierung bereits weitergegeben.

Dresden. Montag früh in der 8. Stunde wurde eine in der Helgolandsstraße wohnhafte Frau von einem Straßenbahnwagen der Linie 6 infolge eigenen Verschuldens überfahren. Sie trug eine Verletzung des linken Fußes davon.

Weißen. Am vergangenen Sonntag haben hier die Ergänzungswahlen zum Stadtverordnetenkollegium bei einer Wahlbeteiligung von 90 Prozent stattgefunden. Es erhielten die bürgerliche Einheitsliste 10098 Stimmen, die Mehrheitssozialisten 9140, die Unabhängigen 1269, die Kommunisten 920 Stimmen. Von den zwölf ausscheidenden Stadtverordneten erhalten die Bürgerlichen sechs und die Mehrheitssozialisten ebenfalls sechs. Es bleibt somit das alte Verhältnis 18:18 bestehen.

Sebnitz. Mehrere Frauen aus dem tschechischen Grenzorten, die hier Einkäufe bewirkt hatten, wurden auf dem Wege zum Zollamt zwischen Hertzogswalde und Thomasdorf von zwei Männern in Ziviluniform angehalten, die ihnen die Waren abnahmen, sie nach Bargeld durchsuchten und dann unter Drohungen, man werde sie noch anzeigen, entlassen. Hinterher stellte sich heraus, daß sie Schwindlern in die Hände gefallen waren. Die verschärfte Grenzsperrschleife demnach ein Gebiet für Schwindler zu werden.

Dautzen. Durch ein Schadenfeuer wurden beim Wirtschaftsbetrieb Ernst Hantsch in Neuspittwitz die Scheune und das Stallgebäude vernichtet. Das Wohngebäude wurde zwar vor den Flammen gerettet, doch ist es stark beschädigt. Man vermutet, daß das Feuer durch spielende Kinder entstanden ist. Verbrannt sind die gesamten Vorräte an Heu, Stroh, eine Menge Wirtschaftsgüter und 8 fette Schlachtgänse. Der Abgebrannte erleidet einen großen Schaden, da ungenügend versichert war.

Schirgiswalde. Großfeuer brach auf bisher noch unaufgeklärte Weise in den Werbereien der Firma Gebrüder Freije A. G. in Kirchhau aus. Die gesamte Fateniederlage fiel den Flammen zum Opfer. Der Schaden beträgt über 1 Million Mark.

Großes Rätselraten.

Von unserem O-Riaderleiter wird uns geschrieben: Die führenden Mitglieder der Reparationskommission aus Paris, mit Unterführern und Begleitpersonal dreißig Mann hoch, werden in der deutschen Reichshauptstadt, begleitet und umschwirrt von einer ungeheuren Fülle von Gerüchten, Anknüpfungen und Meldungen, die ihnen die aller verschiedensten Absichten zuschreiben.

Bald heißt es, sie wollten von der deutschen Regierung erhebliche Vorschläge auf die nächste am 15. Januar 1922 fällige Rate unserer Entschädigungszahlungen fordern, bald wieder, sie wollten prüfen, ob einer deutschen Anregung um Stundung dieser Zahlungsverpflichtung entsprechen werden könne. Bald wieder werden diese beiden angeblichen Pläne dergestalt miteinander in Verbindung gebracht, daß gesagt wird, die Stundung solle eintreten, aber nur gegen eine vorzuschüssige Erlegung von vier Fünfteln der Januarrate schon in den Monaten November und Dezember. Angeblich liegt den Westmächten eine Bitte der deutschen Regierung vor, die Leistungsfähigkeit Deutschlands, der nach dem sogenannten "Häriparagraphe" des Versailler Vertrages die jeweiligen Einzelsforderungen der Entente angepaßt werden sollen, schon jetzt, kaum ein Jahr nach Beginn der Erfüllungspflicht, einer Nachprüfung zu unterziehen, weil der Verlust von Oberschleien und die in dieser Höhe niemals vorausgesehene Entwertung der Reichsmark unsere finanzielle Lage von Grund aus verschlechtert habe. Ja noch mehr, es wird behauptet, die deutsche Regierung wäre wegen Ausbeutung des Vorrats der Allierten auf sämtliche Einnahmen und Bestände des Reiches vorstellig geworden, vermutlich wegen der Unmöglichkeit, bei Fortdauer dieser Rechtslage noch irgendwie im Ausland einen nennenswerten Kredit aufzunehmen. Um die Unterlagen aller dieser Anträge oder Vorstellungen zu prüfen, soll die Reparationskommission in Berlin eingetroffen sein, um sich hier nun selbstverständlich um den Stand der deutschen Finanzen, um die wahre Beschaffenheit unserer Wirtschaft, um die Einzelheiten der staatlichen Einnahme- und Ausgabeverhältnisse, um die Tätigkeit unserer führenden Banken und Industrieunternehmungen auf das gründlichste zu kümmern — immer mit der Möglichkeit im Hintergrunde, durch Aufstellung von Forderungen auf jedem dieser Gebiete bestimmenden Einfluß auf die Leistungen und auf die Kreditfähigkeit des Reiches zu nehmen. Dabei würde also, auf deutsch gesprochen, eine regelrechte Finanzkontrolle durch die Entente herankommen, und es könnte sich schließlich nur noch um die eine Frage handeln, ob mit ihrer Hilfe die bössartigen, auf unsere Vernichtung gerichteten Hintergedanken Frankreichs oder die gewiß nicht weniger radikalen, aber doch wohl sachlicheren Absichten Englands verwirklicht werden sollen.

Von Paris aus wird die ganze Aktion, die sich jetzt in Berlin vorbereiten oder gar schon abspielen soll, von vornherein mit den üblichen Mitteln demagogischer Verdächtigung vergiftet. Dazu dient in erster Linie die Behauptung, Deutschland treibe absichtlich Verschwendungspolitik im Innern und rümpelne darüber hinaus wissenschaftlich und wirtschaftlich seine eigene Währung, um so den Anschein der Zahlungsunfähigkeit zu erwecken, und, obwohl ein bewußter Bankrotteur, mit der unschuldigsten Miene vor seine auswärtigen Gläubiger hinstreten zu können. Aber Frankreich dürfe sich durch Wandel dieser Art nicht in die Hände binden lassen, habe es doch deutsche Pfänder in festen Händen und bräunne nur nach weiteren Garantien zu greifen, um jedes Ränselstück ganz und gar unschädlich zu machen.

Ob schließlich diese Auffassung auch von anderen Alliierten geteilt wird, bereitet den Herren in Paris noch einige Sorge. Zur Not aber glauben sie, darin ihre Sicherheit finden zu können, daß die Reparationskommission nur einstimmig Beschlüsse fassen dürfe, die auf eine Änderung des Versailler Vertrages oder des Londoner Ultimatum hinausgehen. Man weiß, daß Herr Briand durch Berufung auf diese notwendige Einstimmigkeit in der Obersten Pariser Frage schließlich seinen brutalen Willen durchgesetzt hat. In der Frage der Reparationen wird er es, was an ihm liegt, an Unbedenkllichkeit im Auftreten gegenüber seinen jetzigen und früheren Verbündeten gewiß auch nicht fehlen lassen. Ob die Tatsache, daß diese Dinge jetzt nicht nur in Berlin, sondern in wenigen Tagen auch schon in Washington angeschnitten werden sollen, ihm sein Spiel eben noch erleichtern als erschweren wird, sieht dahin. Wir haben allen Grund, den kommenden Entscheidungen besorgt entgegenzusehen.

Wird ein Moratorium für Deutschland geplant?

Das Pariser "Journal" läßt sich aus Berlin berichten, daß in gewissen englischen Finanzkreisen in Berlin, denen der englische Botschafter Lord Abernethy nicht fernsteht, ein Projekt der deutschen Regierung für die Reparationszahlungen erwohnt werde. Es würde sich darum handeln, Deutschland gegen gewisse Garantien ein wirkliches Moratorium, einen Zahlungsaußenstand, auf mehrere Jahre zu gewähren, während welcher Deutschland keine Reparationszahlungen zu leisten hätte. Die Verwirklichung dieses Projektes bedeutet nach der Ansicht des "Journal" nicht nur eine Abdankung der Reparationspflicht Frankreichs, sondern sie könnte für Frankreich auch politische Folgen haben. Bei der Gewährung von Zahlungsausschüben werde Frankreich nicht mittun. Der Mitarbeiter des "Journal" in Berlin fordert als Garantie Wälder, Bergwerke und Zölle.

Deutscher Reichstag.

(Aus der 143. Sitzung.)

Die 143. Sitzung galt der Beratung von Interpellationen. Eine Interpellation der Demokraten wegen Vahertehaltung im Verkehr mit Deutsch-Ostreich wird innerhalb der gesetzlichen Frist beantwortet werden. Daselbst wird mit einer Interpellation der Unabhängigen wegen des Schutzes der freien Entwicklung der Kunst geantwortet.

Die Bedrohung der "Deutschen Werke".

Möbner begründete die Abg. Hoch (Soj.) eine Interpellation seiner Fraktion wegen der durch die Entente bedrohten Deutschen Werke. Die Entente hätte seinerzeit, so machte der Redner u. a. geltend, sich damit einverstanden erklärt, daß die für Kriegszwecke beschafften Rohstoffe und Fertigprodukte im Interesse einer Beschäftigung der Arbeiterchaft für Friedenszwecke umgearbeitet werden dürften. So sind in insgesamt 14 Fabriken nuncmehr 36 000 Arbeiter beschäftigt. Jetzt mit einem Male greift die Entente von neuem ein, obwohl jeder Verstoß gegen den Friedensvertrag tadellos vermieden worden ist. Große bauliche Umwälzungen haben wir schließlich nicht vornehmen können. Wenn aber jetzt unter diesem Vorwande die Entente in Hanau die Vernichtung der Schmelzhammerwerke verlangt, die zu Hilfsmitteln verarbeitet werden sollen, so geht diese Forderung zu weit. Die Herstellungsarbeiten, die überhaupt schon auf Veranlassung der Interalliierten Militärkontrollkommission ausgeführt wurden, haben allein 57 Millionen an Arbeitslohn erfordert, ohne die zerstörten Werke selbst einzurechnen. Ähnlich ist es mit den Werken in Düsseldorf und Erfurt, ferner mit den Werken in Espanbau. Die Eingriffe, die hier verlangt werden, sind durch keinen Vertrag zu rechtfertigen. Es ist eine unerhörte Vergewaltigung.

aus der der Gewalthaber nur seinen eigenen Vorteil sehen will. Alle Parteien haben die Pflicht, dagegen zu protestieren und eine Einheitsfront in der Abwehr zu bilden. Deutschland steht am Ende seiner wirtschaftlichen Kraft, das rufen wir der ganzen Welt zu. Durch solche Eingriffe wird dieses Ende noch beschleunigt.

Reichsfinanzminister Bauer, der die Interpellation beantwortete, schilderte das Zustandekommen der Deutschen Werke, die gemäß einer Entscheidung der Vorkriegskonferenz im Leben traten und die Militärbedürfnisse zu Privatbetrieben umgestaltet. Damals habe kein Mensch daran, daß die Mächte jemals einen entgegengesetzten Standpunkt einnehmen könnten. Jeder Verstoß gegen irgendwelche Verordnung der Entente ist beabsichtigt vermieden worden. Es scheint danach, als ob ein gewisser Handelsneid für das plötzliche ungerechtfertigte Verlangen in Rechnung zu stellen sei. Der Wert der zerstörten Maschinen beträgt rund zehn Millionen Mark. Diese Forderung geht über alles Maß des Zulässigen hinaus. Begründet ist sie nicht, sie ist geradezu ungerecht. Dazu kommt die neue Gefahr der

Arbeitslosigkeit von Tausenden von Arbeiterfamilien.

Die Gemeinden werden in Mitteldensität gezogen. Mit einem Wort: es ist und verständlich, wie vernünftig denkende Menschen zu so unbilligen Forderungen kommen können. Die Regierung steht seit drei Jahren in schwerem Ringen mit der Kontrollkommission. Es ist ihr in einzelnen Punkten gelungen, Forderungen zu erlangen. In diesem Falle haben wir auf der Vorkriegskonferenz mündliche Vorstellungen erhoben. Die Arbeiterchaft hat uns rundweg erklärt: wir rümpeln keinen Pfinger für die Zerstörung. Angesichts der Tatsache, daß die Deutschen Werke gerade mit Genehmigung der Entente ins Leben getreten sind, trifft die Entente selbst die moralische Schuld dafür, daß dieses klare Recht der Deutschen Werke zu einer Katastrophe verkehrt worden ist.

Abg. Erking (Zentrum) nimmt den Appell des Abg. Hoch, in dieser Frage die Parteigränzen zurücktreten zu lassen, freudig an. Was die Kontrollkommission hier geleistet habe, sei das größte Verdienst, was seit Friedensschluss vorgekommen. Zweifellos ist es ein Akt der Mäde und des Hasses, und Rücksicht und Maß treibt das alte Europa in die Katastrophe. Wir schließen uns dem Protest unserer Reichsregierung an und

Sammelmappe

für bemerkenswerte Tages- und Zeitereignisse.

* Die Gütertarife auf den Reichseisenbahnen sollen vom 1. Dezember d. J. ab um 50 Prozent erhöht werden.

* Die Vertreter der deutschen Industrie betonen in ihrer Besprechung mit dem Reichsfinanzminister die Wichtigkeit einer Erleichterung der Eisenbahnen und die Umleitung unproduktiver in produktiver Arbeit.

* Die Vertreter der Eisenbahner erklärten, daß sie die von der Industrie als Bedingung für die Kreditbilanz geforderte Befreiung der Staatsbahnen in privatrechtlichen Betrieben mit den stärksten Mitteln bekämpfen würden.

* Die Rheinlandkommission hat den neuen Ausfuhrzolltarif anerkannt. Die neue erhöhte Ausfuhrzolltarif wird auch bei der Ausfuhr vom besetzten Gebiet ins Ausland erhoben.

hätten das Haus, den geschlossenen festen Willen des deutschen Volkes zu beweisen.

Abg. Hartwig (Deutschn.) bedauerte, daß die Partei der Interpellanten selbst den Boden dafür vorbereitet habe, daß unser Protest unbeachtet bleibe. Verantwortlich seien auch die Unterzeichner des Ultimatum. Die Wurzeln des ganzen Leides liegen darin, daß die Sozialdemokratie unter Doll mit vergiftete, daß sie ihm einimpfte, wir hätten die Pflicht, um gutes Wetter zu bitten. Die Verhandlungen gehen schon auf den Juni zurück. Da hätte die Regierung Zeit genug gehabt, Maßnahmen zu treffen, denn schon damals waren die Werke der Ansicht, daß die Forderung der Entente eine Katastrophe bedeute. Der Kampf Frankreichs geht gegen das deutsche Kapital, aber ebenso und besonders gegen die deutsche Arbeiterchaft.

Abg. Brünninghaus (D. Volksp.) erklärte, die Mitglieder der Kontrollkommission schienen diese Anordnung nur erlassen zu haben, um ihre Existenzberechtigung zu erweisen. Die sachlichen Ausführungen des Abg. Hoch blühen vor. Die Regierung muß mehr tun, um die Schuld Deutschlands am Kriege zu widersetzen. In der Frage der deutschen Werte sollte ein kräftiger, einmütiger Protest gegen die Entente erhoben werden.

Abg. Guther (Dem.) erklärte, gegenüber den Verfügungen des Reichs kann man nur sagen: Ist es auch Wahnsinn, das es doch System. Und bleibt nur die Flucht in die Öffentlichkeit. In dem Protest gegen das Unrecht sollten wir uns alle vereinigen.

Abg. Brandes (N.-Soj.) Die Empörung über die Verfügungen der Entente ist berechtigt; selbst im Ausland hat man schon das Gefühl, daß auf diese Weise Europas Beherrschung nicht gefördert wird. Wenn aber die Entente noch immer militärische Bedenken ins Feld führt, so trägt allein die Exkultation der reaktionären Parteien die Schuld. Der Fall der "Brüder vom Stein" hat das wieder klar bewiesen.

Abg. Schirmer (Bayer. Volksp.) schloß sich dem Protest gegen die Gewalttätigkeit der Entente an. Die Regierung müsse den Franzosen sagen: "Nicht herbei und nicht weiter."

Abg. Walsahn (Komm.) wandte sich ebenfalls gegen die Gewalttätigkeit der Entente. Es dürfe aber kein nationaler Akt des Zornes dabei mitspielen. Damit war die Besprechung erledigt. Zu dem Antrag zur Beanstandungsbefreiung von Eisenwaren erhoben die Abgeordneten Läßing (Soj.), Soefle (Zentrum), Vogel (Deutschn.), Korath (D. Volksp.), Frau Zieg (N.-Soj.) und andere verschiedene Einwände. Dann wurde die Vorlage zum Ausschuss überwiesen.

Handel und Verkehr.

Für die Neubrüde der Frachtbriefe hat die Eisenbahnverwaltung folgende Verfügung erlassen: Die während des Krieges für Ersparring von Kosten für Papier eingesparten doppelseitig bedruckten Frachtbriefmuster, die ursprünglich nur noch bis zum 31. Dezember d. J. verwendet werden sollten, dürfen noch bis zum 1. April 1922 benutzt werden. Nach diesem Termin dürfen nur noch die einseitig bedruckten, also doppelt so großen Muster zur Verwendung gelangen.

Vom Lohnkampfplatz.

Berlin. (Regelung der Lohnfragen im Kohlenbergbau.) Im Reichsarbeitsministerium haben zur Regelung der schwebenden Lohnfragen zentrale Verhandlungen zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Verbänden der Steinkohlebezirke und des Kölner Braunkohlenreviers stattgefunden. Für alle Bezirke konnten Vereinbarungen erreicht werden, die wesentliche Erhöhungen der Leistungs- und sozialen Löhne für die Zeit vom 1. November ab bringen. Für den mitteldeutschen sowie für den oberbayerischen und Westwälder Braunkohlenbergbau und den bayerischen Kohlenbergbau sollen die Verhandlungen unverzüglich aufgenommen werden.

Der Mann mit der Maske.

Novelle von Walter Schmidt-Dahler.

87

(Nachdruck verboten.)

Er war unter seinem Namen bekannt als außerordentlich verwegener und doch sehr intelligenter Mann. Er war die Fülle der Intelligenz in so vielen Fällen bei uns, und so hatte er sich viele davon verlobt, daß sein Name für ihn bereit war. Außerdem fürchtete jeder, sich ihm zum Feinde zu machen, denn daß der eben so kluge wie rachsüchtige Mensch jede ihm angetane Verletzung sehr achtsam vergeltete, stand bei allen, die ihn kannten, unzweifelhaft fest.

Als Herbert kurz nach seiner Rückkehr das Besondere betrat, sah Felly noch immer an seinem Gedächtnis und beobachtete über die Zeitung hinweg den Ankündigung, der seine Anwesenheit kaum bemerkte und sich sofort an den Schreibtisch setzte.

So hatte Felly die, den Mann, dessen Tod ihm bare 10 000 Mark einbringen sollte, in aller Gemütsruhe zu studieren. Wieviel herabgemündete Widersprüche erlog um die ein einziges Wort, wieviel heitere Scharfheit um die offenen, treuerzigen Augen! Das Daumenverger von diesem jungen Menschen Verrat und Verfolgung fürchtete, daß gerade die er sein Leben bedrohen sollte, erwiderte ihm ganz sonderbar und ungläubig.

Unwillkürlich mußte Felly lächeln, und dabei fiel sein Blick auf einen der großen Wandpiegel. Dieses sah die lächelnde Gestalt, das ihm daraus entgegenblitzte, sah doch wahrhaftig nicht aus wie das eines Menschen, der sich mit Nordgedanken trug. An seinem eigenen Bilde sah er, wie sehr Physiognomien täuschen können. Sein Lächeln verschwand und eine finstere Wolke zog über seine Stirn. Wagnertlich zog es seine Blicke wieder auf Herbert, in diesem Gesicht war etwas, das ihn wider Willen anog, er wußte selbst nicht warum. Er hatte sich den Mann, von dem Berger zu ihm gesprochen, ganz anders vorgestellt, als einen hochmütigen Aristokraten mit er-

sternen Spitzschädel, mit dem Monokel im Auge, durch das er verächtlich auf die Kanaille herab sah, er hatte eines von den typischen Gesichtern erwartet, die in dem Proletariat beim ersten Blick den instinktiven Klassenhaß reizen.

In seinen Beobachtungen unterbrach ihn das Eintreten eines älteren Herrn, der Herbert begrüßte und sich auf seine Einladung hin zu ihm setzte. "Haben Sie das Geweste schon gelehen, Herr von Altingen?" fragte er, "die Gräfin Wielenau, deren Ball in den letzten Wochen so viel von sich reden machte, ist nun wirklich auf das ärztliche Gutachten hin als geisteskrank in ein Sanatorium gebracht worden. Die Anklage hat man richtig fallen lassen. Was sagen Sie dazu?"

"Ich finde das ebenso empörend wie Sie, Herr Baummeister."

"Das freut mich, freut mich aufrichtig; denn ich hatte geglaubt, Sie als Aristokrat würden eine ganz gegenläufige Meinung haben."

"Da haben Sie mich untertäuscht, Verehrtester", gab Herbert lächelnd zurück, "gerade weil ich Aristokrat bin, glaube ich das, was als Recht gilt, doppelt reinlichthempfinden zu müssen. In dem Augenblick, wo diese Gräfin einen gemeinen Diebstahl beging, mußte sie aufhören, für mich eine Standesgenossin zu sein. Not erzwingt ja viel, das gebe ich zu, aber hier lag ja gar nichts vor, was diese Frau veranlassen konnte, zur Diebin zu werden. Sie sah bei einer anderen wertvolle Steine, deren Gütern sie blindete, tags sie die Herrschaft über sich selbst verlor. Da ist absolut nichts entschuldigbar, und ich muß Ihnen offen bekennen, daß der Ausgang der Angelegenheit hat mich mit maolo em überwillen erfüllt."

"Das ist wirklich vornehm gedacht, Herr Baron, das imponiert mir."

"Vornehm? Ich finde das nur ganz einfach selbstverständlich. Ich denke doch eben nur so, wie Sie und alle anderen vernünftigen Menschen denken. Was mich dabei noch ganz besonders mit Enttäuschung gepackt hat, ist, daß ich in der ebenen Zeitung las, daß eine arme Tagelöhnerin, deren einziger Junge krank ist, beim Fleischer

eine Wurst für fünfzig Pfennig entwendete und daß sie sechs Wochen Gefängnis bekommt. Warum werden Sie das arme Geschöpf nicht in ein Sanatorium? Sehen Sie, was esel mich an. Ich kann mir nicht helfen."

"In welcher Zeitung steht denn das?"

"Warten Sie mal — ich glaube, ich habe sie doch hingelegt", antwortete Herbert und erhob sich.

In demselben Augenblick stand auch Felly auf, reichs Altingen die Zeitung, in der er bisher gelesen hatte, und sagte: "Hier, mein Herr, ist das Blatt."

"Danke verbindlich", erwiderte der Angeredete und griff nach der Zeitung, die Felly ihm hinreichte, und einen Augenblick trafen sich dabei ihre Blicke.

Dabei sah Felly, daß er plötzlich rot wurde und daß ihm das Herz schneller schlug als sonst. Seit seiner Schulknabenzeit war er nicht mehr rot geworden, das wußte er nur zu genau. Er ärgerte sich über sich selbst, nahm seinen Out, der am Kleide ständer hing und verteilte schnell das Stimmern. Dieser Herr von Altingen war ihm unheimlich. Ihm wäre es lieber gewesen, wenn er diesem Menschen nie begegnet wäre.

Am Abend saßen sich die beiden Bekannten in der Weinstube gegen über. Es war noch ziemlich früh und das Lokal noch leer und als einzige Gäste hatten sie sich in der Nähe bezaunt gemacht.

Natürlich begann ihr Gespräch sofort mit der Angelegenheit, die kurz ganz und gar besaßigte, mit seiner Stirne. Er hatte erwartet, daß Herbert all seinen Vorseten begeistert zustimmen würde, nachdem er sie gesehen und gesprochen hatte, und es verdröß ihm schließlich, daß er statt dessen ziemlich zurückhaltend und einfüßig war, bis Felly ihm direkt an den Leib rüdte und seine Meinung herausforderte: "Nun, bitte, tu mir endlich mal den Gefallen und sag mit dem Urteil runde her. Du, daß mir Offenheit versprochen, also bitte! Wie gefällt dir das Maßchen?"

(Fortsetzung folgt.)

Brauns Programmrede.

Die „große Koalition“ in Preußen.

Dem Preussischen Landtag stellte sich am 10. November zum erstenmal die auf der seit so langer Zeit erstrebten Basis der „großen Koalition“ gebildete neue Regierung vor.

Ministerpräsident Braun verlas zu Beginn seiner Rede zunächst die bekannte neue Ministerliste, wobei er mitteilte, daß er beabsichtige, den Verbandssekretär Hirtzfelder (Zentr.) zum Volksabermittler zu ernennen. Dann fuhr er im wesentlichen folgendenmaßen fort:

Ich habe nicht den Ehrgeiz, den drei seit der Staatsumwälzung hier vorgetragenen Regierungsprogrammen ein viertes zuzugefügen. Denn die Situation, in der sich unser Land befindet, heißt

nicht Worte, sondern Taten,

hingebende Arbeit zum Wohle des Volksganzen. Preußen wird am schwersten getroffen von den Auswirkungen des Friedensvertrages, der den unheilvollen Krieg formell beendete. Ich habe, soviel ich kann, wohl zahlreich Maßnahmen unserer ehemaligen Kriegsgenossen nicht nur nicht dem Vertrage von Versailles, sondern auch mit einem wahren Friedenszustand nicht in Einklang zu bringen sind. Den deutschen Volksgenossen links und rechts des Rheins, die unter dem Druck der Feindeshand, spreche ich die warmste Sympathie der Staatsregierung aus, die erneut verpflichtet, ihnen nach Kräften beizustehen in ihrer schweren Bedrängnis. Im Osten und Norden hat Preußen wertvolle Gebiete und Volksteile verloren. Hunderttausende gut deutscher Männer und Frauen sind zum Teil unbefragt

unter fremde Staatshoheit gezwungen worden.

Der schwerste Schlag aber ist Preußen, besonders seiner Wirtschaft betrefend, durch die Entscheidung über Oberschlesien. Mit den obersteilischen Vätern, die von uns getrennt bleiben müssen, bleiben wir im Geste verbunden. In der deutschen Wirtschaft treten die unheilvollen Folgen dieses ungerathenen mit dem Friedensvertrag nicht im Einklang stehenden Abschlusses bereits unverkennbar in die Erscheinung. Das führt auch zu den Ängsten

Befürchtungen für unsere Staatsfinanzen.

Noch ist keine Bedrohung für den Fehlbetrag des laufenden Etats gesunden. Soll es gelingen, den Staatsbankrott zu paralysieren, dann muß die finanzielle Kraft unseres Volkes noch weiter angebahnt und vor allem der Besitz in vollem Umfang seiner Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Auch ist eine größere Selbstständigkeit der Finanzen des Staates und der Gemeinden anzustreben. Diese Einnahmequellen können aber nur erzieht sein, wenn unsere Wirtschaft prosperiert. Deshalb wird die Staatsregierung alle Maßnahmen unternehmen, die geeignet sind, das Wirtschaftsleben zu fördern.

Der Minister ging dann auf die einzelnen Maßnahmen ein, die die Regierung zur Erreichung ihrer Ziele im Auge hat. Dazu gehören in erster Linie die Hebung unserer landwirtschaftlichen Erzeugung, Sicherung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, Kampf gegen die bis zur Unentgeltlichkeit steigenden wucherlichen Preissteigerungen und die wilden demagogischen Spekulationen. Man mühte vor allem den Grundbesitz zur Geltung bringen, daß das Gemeinwohl über dem Verdrößerungsstreben des einzelnen steht. Dieser Grundgedanke mühte Gemeinut des ganzen Volkes werden, was nur zu erreichen ist, wenn er schon zur Grundlage der Augenberziehung in unseren Schulen gemacht wird. Die Stärkung dieses Gemeinut wird in ganz besonderem Maße zu der dringend notwendigen

Verführung der Volksschichten

beitragen. Wenn dazu noch eine rückhaltlose, bewußte Erziehung der Jugend zur Staatsgesinnung hinzukommt, der Wille zum Staat, der allein die Kräfte des Aufbaues einbindet, dann wird auch der Geist der neuen Verfassung volles Eigentum der Jugend werden. Eine der wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung wird es sein, die Verfassung zu sichern und zu verteidigen. Die zur Verwirklichung dieses Zieles und zur Demokratisierung der Verwaltung bestimmten Gesetze werden bald vorgelegt werden. Auch die Beamtenchaft muß die Verfassung gegen jedermann mit allen Mitteln in Schutz nehmen.

Das treibende Motiv für die Schaffung der großen Koalition war das Bestreben, mehr Stetigkeit und Sicherheit in die preussische Politik zu bringen und der Staatsregierung die Möglichkeit zur planmäßigen erfrischenden Aufbaubarbeit zu geben. Daß dies gelungen ist, beweist, daß innerhalb dieser vier Parteien der Wille gewachsen ist, zur Verhütung des Schlimmsten eine Einheitsfront aller bereit zu bilden, die auch in dem Chaos dieser Zeit den festen

Glauben an den Wiederaufstieg unseres Volkes

nicht verloren haben und die daher ihre Kraft einsehen wollen, um unser Land und Volk vor dem Zusammenbruch zu bewahren und es in langsamer aufopfernder und zäher Arbeit aus dem fürchterlichen Abgrund unserer Zeit einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Hg. Hauschild (Soz.) (Infolge der starken Unruhe bei den auswärtigen Kreisen schwer verständlich): Die Erklärung des Ministeriums findet die Billigung meiner Fraktion. Wir sind gewillt, an der geschäftlichen Arbeit des Hauses tatkräftig teilzunehmen. Mit anderen sozialistischen Parteien zusammen-

zuarbeiten, sind wir allerdings im Augenblick nicht in der Lage, (ärmende Unterbrechungen der Kommunisten.) Unter Bestehen ist vor allen Dingen darauf gerichtet, zu verhindern, daß Preußen sich zu einem zweiten Bayern entwickelt. Wir wollen erfolgreiche Arbeit leisten.

Hg. Herold (Zentr.): Wir haben uns auf den Boden gestellt, daß Ruhe und Ordnung unter allen Umständen ausreicht erhalten werden müssen. Zum Schutz der wirtschaftlichen Entwicklung bedürfen wir einer aktionskräftigen Regierung. Wir geben uns der sicheren Hoffnung hin, daß die Koalition in angemessenem Ausmaß der verschiedenen Anschauungen auf Grund des mitgeteilten Programms erfolgreich zusammenarbeiten wird zum Wohle des Freistaats Preußen und des gesamten Vaterlandes.

Hg. Dr. v. Krause (D. Volksp.): Der Sinn der nunmehr gebildeten Arbeitsvereinigung ist zweifellos der, daß die darin vereinigten Parteien selbstverständlich verhindert sind, jetzt noch gegeneinander zu arbeiten, sondern daß sie zu gemeinsamer Arbeit gezwungen sind. Daß hierbei wichtige Fragen und Forderungen der einzelnen Parteien juristisch festgestellt werden müssen, wird selbstverständlich jeder Partei einleuchten.

Hg. Dr. Neber (Kommunist): Dem Programm des Rechtssozialdemokraten Braun können alle kapitalistischen Parteien zustimmen. Wir brauchen die Konstitution des Vermögens der Besitzenden.

Politische Rundschau.

Deutschland.

33 französische Generale in Deutschland

Aber die ungeheuerliche Verschwendung beim französischen Besatzungsheer geben folgende Notizen eines Pariser Mattes Aufschluß: Die Kosten der Abkornarme sind mit 460 Millionen Frank in das Budget für 1922 gestellt. 90 414 Offiziere und Soldaten halten die „Wacht am Rhein“, die zahlenmäßig wie folgt verteilt sind: 33 Generale (!), 610 Offiziere höheren Grades, 2822 Offiziere geringeren Grades, 7931 Unteroffiziere, 10 350 Korporale und Gefreite, 68 678 Soldaten, d. h. für 86 950 Mann sind nicht weniger als 3460 Offiziere nötig, also ein Offizier für 25 Unteroffiziere und Soldaten. Und nach dem Budget soll die Zahl der Generale anscheinend noch vermehrt werden, natürlich auf Kosten Deutschlands!

Kein Einspruch gegen die Beamtenbesoldung.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß die Reparationskommission keinen Einspruch gegen die neue Regelung der Beamtenbesoldung erhoben hat und daß die Nachricht der Blätter, dieser Einspruch sei erst nach längeren Verhandlungen zurückgezogen worden, unzutreffend ist.

Entfernung belgischer Kinder aus deutschen Schulen.

Amlich ist festgestellt worden, daß ein Verbot der Aufnahme von Schülern deutscher Nationalität für die belgischen Schulen besteht. Im Einverständnis mit dem Reichsminister des Innern hat der preussische Minister für Volksbildung bestimmt, daß Schüler belgischer Nationalität so lange nicht in deutsche Schulen aufgenommen werden, als das gleiche Verbot für deutsche Kinder in Belgien nicht aufgehoben ist. Die deutsche Bestimmung gilt jedoch nicht für das besetzte Gebiet.

Berlin. Die Feier des dritten Jahrestages der Revolution ist in Berlin in feierlicher Weise abgelaufen. Die Beteiligung an den Umzügen und Versammlungen war schwächer als bei früheren ähnlichen Gelegenheiten. Man schätzte die Zahl der Demonstranten auf 70 000.

München. Amlich fuhr ein Mechaniker aus Garmisch nach Mainz, um gegen Geldentschädigung der französischen Nachrichtenstelle Mitteilungen über angebliche geheime Waffenlager zu machen. Der Berräter, der im allgemeinen gesändig ist, wurde verhaftet.

Mieterchutz.

Reform der Mieteinigungsämter.

Die Reichsregierung hat dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat und dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über Mieterchutz und Mieteinigungsämter zugehen lassen. Der Entwurf bezweckt, den Mieter vor einer gegen seinen Willen erfolgenden Beendigung des Mietverhältnisses soweit zu schützen, als sich dies unter Berücksichtigung der herrschenden Raumnot mit berechtigten Interessen des Vermieters vereinen läßt. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, mit denen bei Fortbestehen der Raumnot die Erlangung eines anderweitigen Unterkommens verbunden ist, und im Hinblick auf die Höhe der Umzugskosten ist die Möglichkeit einer Aufhebung des Mietverhältnisses

auf das Vorliegen weniger eng umschriebener Gründe beschränkt. Zweck möglicher Vereinfachung des Verfahrens sollen die bisherigen Verfahren über die Genehmigung der Kündigung und über die Genehmigung der Erhebung einer Räumungsklage sowie die gerichtliche Räumungsklage selbst zu einem einheitlichen gerichtlichen Verfahren zusammengefaßt werden. Außerdem ist ein Schutz des Mieters in der Zwangsvollstreckungsinstanz vorgesehen.

Schließlich bringt der Entwurf eine Reihe von Vorschriften zwecks Beseitigung von Mängeln und Missständen, die sich in der Praxis der Mietminderungsmittel geltend haben; insbesondere soll gegen deren Sprüche in gewissem Umfang die Beschwerde zugelassen werden.

Von Nah und fern.

Goethes Geburtshaus gefährdet. Mehrere Abgeordnete haben im Preussischen Landtag sich zusammengetan, um das Staatsministerium zu ersuchen, zur würdigen Erhaltung des durch häusliche Schäden schwer gefährdeten Goethehauses und Goethemuseums in Frankfurt a. M. der Verwaltung des Goethehauses eine jährliche Beihilfe zu gewähren und dahin zu wirken, daß sich das Reich mindestens mit dem gleichen Betrage beteiligt.

Das Kind der Prinzessin Joachim von Preußen. In dem Streit um das Kind der Prinzessin Joachim von Preußen ist jetzt eine weitere gerichtliche Entscheidung zugunsten der Prinzessin ergangen. Die Prinzessin hatte bekanntlich eine einseitige Verfügung erteilt, worin dem Prinzen Eitel Friedrich ausgedrückt wurde, das Kind an die Mutter sofort auszuliefern. Die Vollstreckung des Urteils war jedoch erfolglos, da inzwischen seitens des Vormundschaftsgerichts auf Vorschlag des Prinzen Eitel Friedrich in der Person des Staatssekretärs a. D. Lesco dem Kind ein Pfleger bestellt worden war, und dieser Pfleger von neuem anordnete, daß das Kind dem Prinzen verbleiben solle. Das Landgericht Potsdam hat jetzt aber auf die Beschwerde der Prinzessin durch einstweilige Verfügung den Beschluß des Vormundschaftsgerichts außer Kraft gesetzt und dem Prinzen Eitel Friedrich untersagt, das Kind bei sich zu behalten.

Hauptgewinne der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie. Am 9. November fiel in der Ziehung der Preussisch-Süddeutschen Klassenlotterie ein Hauptgewinn von 300 000 Mark auf Nr. 90 267 und ein Hauptgewinn von 500 000 Mark auf Nr. 101 732.

Teuerungskrawalle in Graudenz. In Graudenz und in anderen Städten Polnisch-Westpreußens ist es zu Teuerungskrawallen gekommen. Es gelang der polnischen Polizei nur mit Mühe, die Ordnung wiederherzustellen. Eine große Anzahl Läden und Verkaufsstände wurde von der Volkmenge geplündert; auf dem Wochenmarkt in Graudenz wurde alles kurz und klein geschlagen, weil die Händler die Preise nicht nach dem Willen der Volkmenge herabsetzen wollten.

Von der dänischen Grenzlandexpedition ist jetzt ein vom 22. April datierter Bericht eingetroffen. Die Expedition, geführt von Dr. Lange Koch, verließ zu Anfang des Jahres Kopenhagen. Am 22. April erreichte sie Handbucht, 350 Kilometer vom nördlichsten Punkte Grönlands entfernt. Von dort aus hat Dr. Koch mit drei Eskimos auf Schlitzen das Innere des Landes durchkreuzt.

Volkswirtschaft.

Die Margarine abermals teurer. Der maßgebende Margarineverband G. V. Berlin teilt mit, er habe sich wegen des Hochstandes der ausländischen Zahlungsmittel gezwungen gesehen, eine weitere Erhöhung der Verkaufspreise vorzunehmen, entsprechend der seit der letzten Preisfestlegung eingetretenen Verschlechterung des Wertes der deutschen Mark. So daß sich die marktgängigen Sorten auf 31 bis 35 Mark für gefaltete Margarine für Kleinhandlcr stellen. — Es wäre interessant, festzustellen, ob die Margarinefabrikation, die jetzt so prompt den Anforderungen der Börse folgt, auch im entgegengekehrten Falle, also, wenn der Dollar etwa fällt, mit dem Tage des weichen Auslandssturses und des Steigens der Mark, ihre Preise erniedrigt.

Die Preisen für die Bezugspreisänderungen. Der Verein Deutscher Zeitungsverleger erklärt durchaus zuverlässig, daß für die Anmeldung von Bezugspreisänderungen im Anlenderverkehr die früher geltende Frist von einem Monat und drei Tagen wieder eingeführt wird, und zwar so, daß z. B. Bezugspreisänderungen für das 1. Quartal 1922 bis zum 27. November angemeldet werden können. Für den Anlenderverkehr verbleibt es bei der Frist von einem Monat und 17 Tagen.

Der Mann mit der Maske.

Novelle von Walter Schmidt-Böhler.

(Ausschnitt verboten.)

„Sie ist sehr schön — auffallend schön!“

„Nun — und weiter?“

„Weiter möchte ich dir nichts zu sagen, wenigstens nichts, was du hören willst. Also reden wir von was anderem.“

„Nein, bleiben wir bei unserem Thema“, beharrte

„Um das zu konstatieren, daß ich sehr schön ist, be-

achte ich nicht des Urteils eines solchen Fremden. Dafür

habe ich mir meine eigenen zwei Augen kompetent genug

gefühlt. Du weißt, daß ich die ersten Abdrücke habe, die

ein Fremder nur haben kann, und deshalb mag ich

schon mal hören, dein Urteil über ein wenig mehr zu

hören.“

„Was soll ich dir weiter sagen“, antwortete Herbert

„Ich habe dich schon gesehen, in der ich den

vor mir habe, ganz oberflächlich, konventionelle Dinge

mit dir zu sprechen? Um über einen Menschen ein end-

gültiges Urteil zu fällen, so daß eine Täuschung aus-

geschlossen ist, dazu bedarf eine lange Zeit. Namentlich

Personen sind so unendlich kompliziert, daß man da wirklich

nicht so vorschnell im Urteil sein darf.“

„Du darfst dich vorschnell als, mein Junge, daß es

schon so aussieht, als wenn du irgendwelche Gründe

hast, mit dem er nicht hinter dem Berge zu halten“,

erregte er sich, indem er bestimmt sein Glas von sich

schob. „Ich finde das recht wenig verwandtschaftlich. Das

behaupte ich dir offen.“

Herbert suchte schnell einen heiteren Ton anzuschlagen

und sagte lächelnd: „Was leid ihr Vertriebenen doch für

die alte Welt! Immer mit dem Kopf durch die

he kann nämlich ein abschließendes sein. Nun aber komme

ich, ganz unvermittelt trete ich in ihr Leben als ein

Fremder, ihr völlig Gleichgültiger, und von mir verlangt

du nun, daß ich mit der eben beschriebenen Welt wie du all

ihre inneren Vorgänge erkenne. Das ist doch einfach

ein Ding der Unmöglichkeit.“

„Weshalb soll das so unmöglich sein?“ gab Kurt hart-

näckig zur Antwort. „Du weißt, wie rasend ich die Schola

liebe, daß ich beabsichtige, sie zu meiner Gattin zu machen,

und das muß die doch Bürgschaft genug sein, daß an ihrem

Werte nicht zu denken ist, daß ich sie als vollwertig er-

kann habe bis ins Mark ihres angelegten Geistes.“

„Den beiden Rippen wollte ich ja nur die Bestätigung hören,

daß sie auch dir gefallen hat aus dem ersten Blick wie mir,

als ich ihr damals begegnete, und statt dessen kommt du,

drehst und windest dich um die Antwort herum, als

müßtest du mir Gott weis was verschönern.“

„Du scheinst mich abschließend nicht verstehen zu wollen,

Herbert Kurt“, entgegnete Herbert, der ruhig, auch ernst zu

werden, und mit ihm sich also deutlicher ausdrücken, auf

die Gefahr hin, seine Empfindungen zu verlegen. „Ich bin hin-

gehangen mit der ethischen Absicht, dein Urteil gerecht-

fertigt zu finden, deine Wahl, die über dein Leben ent-

scheidet, mit voller Verantwortung zu billigen.“

„Nun — und?“ fragte es lächelnd zurück.

„Herbert suchte die Absicht und fuhr fort: „Ich habe

mir früherhin Scholz noch deiner vorerigen Beschreibung

anders gedacht. Ich laubte dir manches nicht, was du mir

begehrtest gelobt, wiederum fiel mir derchiedenes ein,

was du mir nicht gesagt hast und was mich überraschte.

Ich sehe nun einmal mit den Augen des Unbeteiligten

„Darf ich dich bitten, mir das näher zu definieren

und mir zur Erläuterung ein Beispiel anzuführen?“

„Gewiß, da du es verlangst. Du siehst mit bloßem

Auge, mit dem sehr verklärten Blick der Liebe, eine

entscheidende kindliche Klarheit, eine geradezu rührende

Mitmenschen. Bitte, ich zitiere deine eigenen Worte

„Du bist meine Schuld, wenn ich dir laien m. h., daß dies

Rainuit ist, diese wundervolle Harmlosigkeit bei einer Dame,

die einem so — wie soll ich sagen — an gekannten Verufe

angehört, nun und nimmer edel sein kann? Rechtlich mag

recht, ich sage damit durchaus nichts Sätzliches über sie,

denn ge ade der Wissenbe kann sich vor Unrechtm am

heilen rein halten — aber warum denn die gemachte

Klarheit, wehst, mit einem Worte, die Komödie?“

„Komödie?“ erregte Kurt bestig, und ein über

flutete ihm bis zu den Schläfen empor. „Du hast den

Kurt, mir, der ich mich als ihr Bekannter betrachte, ins

Gesicht zu sagen, daß die Erwählte eine abgefeimte

Komödie für dich ist?“

Herbert erwiderte ein wenig. Er hatte unmißverständlich

und unabdrücklich mehr geant, als er wollte. Aber sehr

ruhig fuhr er fort: „Du zwingst mich dazu, dir etliche

meine Meinung zu sagen und ichlichsch ist es auch meine

Pflicht, dem Wetter, dem Jugendgepölen gegenüber, der

mich zum Vertrauten gemacht hat, über du sollst mich

nicht mißverstehen, meinen Worten keine solche Wertung

zuzuschreiben. Von einer abgefeimten Komödiantin zu

sprechen, würde ich mir niemals gelien, und das Wort

„Komödie“ läßt unabhällige, ebenso reine wie bedeuten ge-

polle Ausdrücke zu. Aber es ist Komödie, wenn ein

Mädchen, deren Veruf, namentlich an einem Theater wie

(Fortsetzung folgt.)



Am 24. November, abends 8 Uhr, findet im „Gasthof zum Hirsch“ ein geselliger öffentlicher Abend mit Aufführungen u. Lotterie vom Frauenverein veranstaltet, statt. Im Interesse der guten Sache, der Reinertrag kommt den Armen unseres Ortes zugute, bitte ich Alle, nicht nur die Mitglieder des Vereins uns zu unterstützen.

Jede Gabe für die Lotterie, auch die kleinste wird mit herzlichem Dank entgegengenommen.

Sammelstellen sind: Frau Anna verw. Klotzke, Pfarrer Gräf Frau Bley, Cunnersdorf, Frau Schiffel.

Die Dorf. des Frauenvereins
Frau Schiffel.

Hermann Kühle

Buchdruckerei Ottendorf-Okrilla

Druck von Tabellen und Formularen aller Art; Adress-Karten, Visitenkarten, sowie Verlobungs-Anzeigen, Vermählungs-Karten, Geburts-Anzeigen und Trauer-Drucksachen.

Druck von Werken, Statuten, Zirkularen, Preislisten, Katalogen, Rechnungen, Notas, Wechsel-Formularen, Aktien :: Briefbogen, Mitglieds-Karten und Konzert-Programmen.

Anfertigung aller Druck-Arbeiten für Behörden, Private, Handel und Gewerbe in sauberster und geschmackvollster Ausführung zu billigsten Preisen.

Verlag des Bibliographischen Instituts, Leipzig u. Wien

Deutsche Romane

zeitgenössischer Dichter

Sieben sind folgende neue Bände erschienen
Der fremde Vogel
Der Herr aus Java
Die Frauen von Trostberg
Renaissance-Robellen

Gummi-Stempel

zu Original-Fabrikpreisen
liefert selbstkosten

Buchhandlung Hermann Kühle
Ottendorf-Okrilla.

Illustriertes Musterbuch

Kautschuk- und Metallstempel, Auszeichnungen, Kassetten, Zahlensätze, Schablonen, Presshafte Signierschriften, Schieber usw.

steht Interessenten zur gef. Ansicht zur Verfügung.



Gewerbe-Verein

Ottendorf-Okrilla.

Freitag, den 25. Nov. abends 8 Uhr im Rest. zum Reichhaus

Monats-Versammlung

Vortrag des Vorsitzenden, Herrn König: Was lehrt uns die letzte Gemeinderatswahl. Außerdem eine reichhaltige Tagesordnung. Das Erscheinen aller ist erwünscht.

Der Vorstand.

Gardinen

nach zu billigen Preisen empfiehlt

Oskar Grimm, Königsbrück, Holzgewerbe Nr. 8, Sonntags vor Weihnacht offen.



Dachpappe

in versch. d. Stärken empfiehlt

Arth. Kabschmann.

Bettfeder-Reinigung

hält sich bestens empfohlen

Reinigen jeden Dienstag u. Freitag.

Erhard Hauffe, Königsbrück, Dintere Nr. 4.

Wollene Schwitter-Kermel

in verschiedene Größen und Farben eingetroffen.

Gustav Weinholt.

Gute preiswerte Anzug-Stoffe

sind noch zu haben bei M. Ruffus.

2 Mägde

Großmagd und Aetmagd zu Kauf-gekauft. Großdittmannsdorf Nr. 4.

Sommersprossen

Das wundervolle Geheimnis ihres Verschwindens teilt allen Leidensgefährten kostenlos mit. E. Sternberg, Berlin D. 445 SW. Junkerstr. 18.



Heraus aus dem Bett!

Die Behandlung von Leiden verschiedener Art mit

Wohlmuth's elektro-galvan. Schwachstrom-Apparat (Marke Geweko)

bringt rasch und auch sicher die Genesung.

Probeführungen und Prospekte kostenlos.

G. Wohlmuth & Co. A.-G., Dresden-A.

Gen.-Vertr.: O. Schuster, Pulsitz, Tel. 261

O. Franke, Oberlichtenau bei Pulsnitz, Tel. 289

Vorführung und Ansicht in Ottendorf-Okrilla bei:

Friseur August Rose.

Kaufe zu enorm hohen Preisen jeden Posten

Lumpen, Altmetalle aller Art, Papier, Zeitungen zu 1,50 Mk.

Alteisen 1 kg 1 Mark
Maschinenguss 1 kg 1,40 Mk.

Richard Schubert

Hermsdorf b. Dr.

Fernspr. Nr. 74 Amt Hermsdorf b. Dr.

Verlag des Bibliographischen Instituts / Leipzig

Völlig neu und preiswert!

Meyers Kleiner Handatlas

in 42 Kartenblättern
5 Lieferungen zu je 10 M.

In Ganzleinen gebunden 65 Mark

(Hierzu die wöchentlichen Teuerungszuschläge)

Alle Karten dieses für jeden erschwinglichen und für Haus und Kontor unentbehrlichen Kartenwerks entsprechen dem heutigen Weltbild, dem jetzigen Stande der Forschung u. der Entwicklung des Verkehrs

Auch gegen Teilzahlungen zu beziehen durch

F. Schönemann m. b. H. / Leipzig, Täubchenweg 17

In Woll- u. Baumwollwaren

Kleiderstoffen

Sammelte, Schürzenstoffen, Bettzeug bunt, Linon zu Bettwäsche

in 1/4 u. 1/2 breit, wollene Strümpfe

Trikotagen, Handschuhe, Kinder-Jäckchen, -Kleider, -Röckchen,

Schürzen, Fertige Blusen, Kostüme, Röcke / Fertige

Wäsche f. Herren, Damen, Kinder

Riesen-Auswahl

und infolge rechtzeitig günstigen Einkaufs

billige Preise

Minna

Ikenberg Warenhaus

Radeberg, Dresdnerstr. 12

Zur Ausführung aller Arten voll

Dacharbeiten

hält sich bei sachgemäßer Arbeit und billigster Preisstellung bestens empfohlen

Paul Herzog, Dachdeckermeister

Königsbrück, Copfmarkt 2.

Bestellungen nimmt Herr Jöbel in Ottendorf, Querstraße, entgegen.

